

Regieren nach dem Foto-Finish: Mexiko und die Wahlen vom 2. Juli 2006

Günther Maihold

Am 2. Juli 2006 hat Mexiko einen neuen Präsidenten gewählt, allerdings dürfte es noch bis zum 6. September dauern, bis sein Name definitiv fest steht. Nach der Auszählung durch das Bundeswahlinstitut (IFE) liegt Felipe Calderón von der Regierungspartei PAN nur denkbar knapp vor Andrés Manuel López Obrador (PRD). Angesichts dieses Kopf-an-Kopf-Rennens muss mit einer langen juristischen Auseinandersetzung bis zur Feststellung des Endergebnisses durch das Oberste Wahlgericht gerechnet werden.

Analyse:

„Vorhang zu und alle Fragen offen“ könnte die passendste Beschreibung für die gegenwärtige Lage in Mexiko nach den Wahlen sein. Die etablierten politischen Kräfte stehen vor heftigen Auseinandersetzungen, die Fragen nach einer berechenbaren Regierungsführung bleiben unbeantwortet.

- Trotz jahrelanger Anstrengungen zur Sicherung eines transparenten Wahlprozesses haben die Vorwürfe des Wahlbetrugs wieder Hochkonjunktur. Die institutionellen Grundlagen der Demokratie werden ausgehöhlt. Mexiko droht eine Rückentwicklung in die Zeit vor dem Jahr 2000.
- Das knappe vorläufige Wahlergebnis ist Gegenstand massiver Konfrontationen zwischen Mexikos beiden zentralen Parteien, PAN und PRD. Die Oppositionspartei will mit Einsprüchen, Klagen und Massenmobilisierungen ihren Verdacht auf Wahlbetrug untermauern. Dies vertieft die Polarisierung zwischen den Parteien und spaltet die Gesellschaft.
- Die Parteien erweisen sich immer weniger als handlungsfähige Akteure zur Sicherung von demokratischer Regierbarkeit. Ihre Strukturen und personellen Optionen verbrauchen sich in kurzfristigem Interessenkampf und fragwürdigen Allianzen.
- Die PRI, über Jahrzehnte hinweg Regierungspartei, hat ihre Zentralität für das Parteiensystem und die politische Entwicklung Mexikos verloren. Ihre Auflösungstendenzen könnten die beiden Konkurrenten PAN und PRD nachhaltig schädigen.

Key words: Mexiko, Wahlen, Justiz, Präsidentialismus

Nach der Wahl ist vor der Wahl – der Kampf um das Wahlergebnis

Der künftige Präsident Mexikos wird ein zweigeteiltes Land regieren müssen. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der beinahe gleichauf liegenden politischen Kräfte in der Wählergunst, sondern auch unter einem regionalen Gesichtspunkt: Während der Norden und Westen des Landes die PAN mit Spitzenkandidat Felipe Calderón bevorzugte, war Andrés Manuel López Obrador als Führer der linken PRD im Zentrum und Süden Mexikos erfolgreich. Die PRI als über 70-jährige Traditionspartei des Landes hat ihre Zentralität für die Definition der politischen Landschaft Mexikos verloren. Sie bleibt gleichwohl die entscheidende Kraft um die Regierungsfähigkeit des künftigen Präsidenten zu ermöglichen. Vom neuen Präsidenten werden angesichts fehlender Mehrheiten im Parlament große Fähigkeiten bei der Gestaltung einer mehrheitsfähigen politischen Agenda und der Überwindung der Polarisierung im Lande gefordert sein.

mit der Inszenierung der politischen Polarisierung kein Gefallen getan. Zu befürchten ist vielmehr eine Regression der institutionellen Grundlagen der mexikanischen Demokratie, die auf so schwierigem Wege in den vergangenen Dekaden erstritten worden waren. Dass Andrés Manuel López Obrador, Präsidentschaftskandidat der Allianz *Por el bien de Todos*, bestehend aus seiner Partei PRD sowie den Partnern *Convergencia y Partido de Trabajo*, durch seinen stark polarisierenden und persönlich verunglimpfenden Politikstil hierzu ebenso beigetragen hat wie der PAN-Kandidat Calderón mit der Gleichsetzung seines Widersachers mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, wirft ein Licht auf die Schwierigkeiten, denen sich Mexikos führende Politiker nach Beendigung der aktuellen Auseinandersetzungen bei der Suche nach Konsens stellen müssen.

Auch wenn die Feststellung des Wahlsiegers erst – nach Klärung der Einwände der PRD – durch das Oberste Wahlgericht erfolgt, hatte bereits die Bekanntgabe dieses vorläufigen Zählergebnisses

Tabelle 1: Präsidentschaftswahl 2006: Vorläufiges amtliches Wahlergebnis (laut IFE)
(Wahlbeteiligung: 58% gegenüber 64% bei den Wahlen im Jahr 2000)

	Stimmenzahl	Prozentanteil
Felipe Calderón (PAN)	15.000.284	35,89
Andrés Manuel López Obrador (PRD-Allianz)	14.756.350	35,31
Roberto Madrazo Pinto (PRI-Allianz)	9.301.441	22,26

Obwohl verschiedene Regierungen wie die der USA und Spaniens dem in Front liegenden Kandidaten der Regierungspartei PAN, Felipe Calderón, bereits ihre Glückwünsche ausgesprochen haben, könnte sich dies als voreilig erweisen. Erst das Oberste Wahlgericht kann die offizielle Bestätigung für die Wahl des neuen Präsidenten aussprechen, wofür es noch bis zum 6. September Zeit hat. Die Kandidaten lassen es sich jedoch nicht nehmen, jeweils für sich den Wahlsieg zu reklamieren bzw. mit der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten noch das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. So hat Andrés Manuel López Obrador die erneute Auszählung aller Stimmen verlangt, da – rechnerisch – bei nur jeweils zwei zusätzlichen Stimmen zu seinen Gunsten in allen Stimmbezirken er als Wahlsieger feststünde.

Dem Land und seinen Institutionen sowie dem letztlich zum Sieger erklärten Kandidaten wird

zu erheblicher Unruhe geführt: Zum einen hatte die Schnellauswertung durch das Bundeswahlinstitut (PREP) einen bei 1% der Wählerstimmen liegenden Vorsprung von Felipe Calderón ergeben, ein Resultat, das von López Obrador angefochten wurde, da bei diesem Verfahren strittige oder unklare Ergebnislisten einzelner Wahlbezirke nicht einbezogen worden waren, gleichwohl aber von 98,3% der (unzweifelhaften) Wahllokale berichtet wurde, obwohl nur 90% der Stimmbezirke erfasst worden waren. Bei der folgenden Auswertung der einzelnen Stimmbezirke ergab sich zunächst ein Vorsprung für den Oppositionskandidaten López Obrador, der jedoch am letzten Tag durch die Einbeziehung der Ergebnisse im PAN-dominierten Norden des Landes kurz vor dem Ziel von Calderón noch abgefangen wurde.

Diese Unklarheit in der öffentlichen Kommunikation des IFE bot und bietet hinreichend Anlass

für die jetzt vorgetragenen Wahlbeschwerden und ein verbreitetes Unbehagen mit der Transparenz der Arbeit des Wahlinstituts. Zudem behauptet die PRD, das Bundeswahlinstitut habe verschiedene Wahlpakete geöffnet, um Unklarheiten zu beseitigen, was ihm aber aufgrund der Wahlgesetze verboten sei. Weithin kann das IFE jedoch die höchste Anerkennung als vertrauenswürdige Institution in Mexiko für sich verbuchen, in einer Umfrage sprachen ihm 76% der Bevölkerung eine entsprechende Wertschätzung aus. Ob dies auch weiterhin so bleiben wird, dürfte in zentraler Weise von den Beschlüssen des Obersten Wahlgerichts abhängen, die bis zur (eher unwahrscheinlichen) Annullierung der Wahl reichen können.

Der lange Wahlkampf bis zum 2. Juli 2006

Eigentlich schien die Wahl zum Präsidenten Mexikos schon lange vor Beginn des offiziellen Wahlkampfes entschieden: Der gescheiterte Versuch von PRI und PAN, den regierenden Bürgermeister der Hauptstadt López Obrador durch ein Amtsenthebungsverfahren im Jahre 2005 (*desafuero*) auch gleichzeitig für eine Präsidentschaftskandidatur zu blockieren, hatte dem Angegriffenen eine deutliche Führung in allen Umfragen eingebracht. Das Rennen schien eigentlich schon gelaufen, zumal sich in der PAN zwischen dem ehemaligen Innenminister Santiago Creel und Calderón ein parteiinterner Machtkampf entwickelte, der erst durch Urabstimmungen der PAN-Gliederung zugunsten Calderóns entschieden wurde.

Mit dem Eintritt der ehemaligen Sozialministerin Josefina Vázquez Mota im Januar 2006 in das Wahlkampfteam von Felipe Calderón erhielt sein bis dahin eher schwacher Auftritt bei den Wählern neue Dynamik. Vázquez Mota gelang es, die fehlende soziale Tiefe des Kandidaten durch ihre vielfältigen Kontakte und Netzwerke als frühere Leiterin des Armutsbekämpfungsprogramms *Oportunidades* der Regierung auszugleichen und damit die Anbindung an eine neue Wählerschaft herzustellen. Hinzu kam, dass Calderón bei der ersten von zwei Fernsehdiskussionen der Spitzenkandidaten als klarer Sieger durchs Ziel ging, da López Obrador wegen der Angriffe auf seine Person auf eine Teilnahme verzichtet hatte.

Diese Entscheidung muss ebenso als Fehlgriff betrachtet werden wie die Missachtung der kleinen Parteien durch López Obrador. Der Erfolg

von Patricia Mercado als Präsidentschaftskandidatin der PASC (*Partido Alternativa Socialdemócrata y Campesina*), die es auf 2,7% der Stimmen brachte, ist auf Kosten von López Obrador gegangen, wertvolle Stimmen, die ihm im Foto-Finish gefehlt haben dürften. Zudem wandten sich die Vertreter der Unternehmerschaft in vielen Fernsehspots kurz vor der Wahl an die Bevölkerung, um auf die Gefahren einer Wahl von López Obrador hinzuweisen, der sich „beleidigend gegenüber jenen gezeigt habe, die die Mehrheit der Beschäftigung im Lande sicherten“. Damit wurde auf den Wahlkampfdiskurs López Obradors hingewiesen, der seine Propaganda auf den Kampf zwischen der „Macht des Geldes gegen die Macht des Staates“, „die privaten gegen die öffentlichen Medien“ und der „Reichen gegen die Armen“ abgestellt hatte.

López Obrador schien lange Zeit zu verkennen, dass sein ursprünglicher Vorsprung seit dem Beginn seiner Kampagne im Juli 2005 dahin geschmolzen war und seiner Kampagne wegen mangelnder inhaltlicher Tiefe, sportlich formuliert, die Luft ausgegangen war. Mit über 681 Wahlveranstaltungen setzte López Obrador auf einen Territorialwahlkampf, ganz im Gegensatz zu Calderón, der sich in zentraler Weise auf die elektronischen Medien stützte.

Der Wahlsieger – eine Entscheidung der Justiz?

Auch wenn Wahlen in Mexiko immer Anlass für eine massive Wirtschaftskrise boten und daher Beistandspakte mit den internationalen Finanzorganisationen zum Ende der auslaufenden Präsidentschaft geschlossen wurden, scheinen die heutigen Devisenreserven Mexiko von 77 Mrd. US\$ hinreichend zur Abfederung möglicher Krisenerscheinungen, die aus der politischen Debatte über das Wahlergebnis folgen könnten. So sind auch die Auslandsschulden des Landes von 54 Mrd. US\$ durch eigene Währungsreserven sehr viel besser abgedeckt als dies für frühere Krisenjahre gelten konnte. Damit kann davon ausgegangen werden, dass auch eine lang andauernde Auseinandersetzung über das Wahlergebnis zu keiner akuten wirtschaftlichen Krise als Folge einer wachsenden Nervosität der Märkte führen dürfte.

Durchaus anders nimmt sich die Beurteilung der politischen Krisensymptome aus: Die Bestellung der Leitung des Bundeswahlinstituts (IFE) im Oktober des Jahres 2003 ist der mittel-

bare Anknüpfungspunkt für einen großen Teil der heutigen postelektoralen Auseinandersetzungen. Die für die Wahl der Leitungspositionen notwendige 2/3-Mehrheit im Parlament wurde zwischen PAN und PRI hergestellt, die PRD und ihre Kandidaten blieben außen vor. Damit wurde eine Distanz des Instituts zu einer zentralen Kraft der Opposition begründet, die sich heute in massiven Angriffen angesichts des knappen Wahlausgangs niederschlägt.

Obwohl von internationalen Wahlbeobachtern ein durchaus sauberer Wahlgang bescheinigt wurde, ist seitens der PRD der Vorwurf massiver Wahlfälschung gegen das IFE erhoben worden. Mit der Forderung nach Neuauszählung der Stimmen wurde an das Oberste Wahlgericht eine 900 Seiten umfassende Zusammenstellung der von der PRD aufgezeichneten Verstöße gegen die Wahlgesetze vorgelegt, die nunmehr von dieser höchstrichterlichen Instanz in Wahlangelegenheiten zu untersuchen sind. Demnach soll es zu Unregelmäßigkeiten in 50.000 der 130.000 Wahllokale gekommen sein. Dass López Obrador gleichzeitig ankündigte, man werde auch das Oberste Gericht anrufen, zeigt, dass er mit der Vorlage der Anschuldigungen vor dem Wahlgericht den Rechtsweg nicht erschöpft sieht.

Doch das Wahlergebnis macht auch deutlich, dass sich die sozioökonomische Zweiteilung Mexikos in einen entwickelten Norden und einen armen Süden nun auch politisch in klare parteipolitische Präferenzen übersetzt hat: Calderón konnte beinahe durchgängig im Norden gewinnen, während López Obrador im Zentrum und Süden des Landes erfolgreich war. Damit läuft Mexiko Gefahr, dass sich aus der politischen Zweiteilung des Landes eine Überlappung von sozialer und

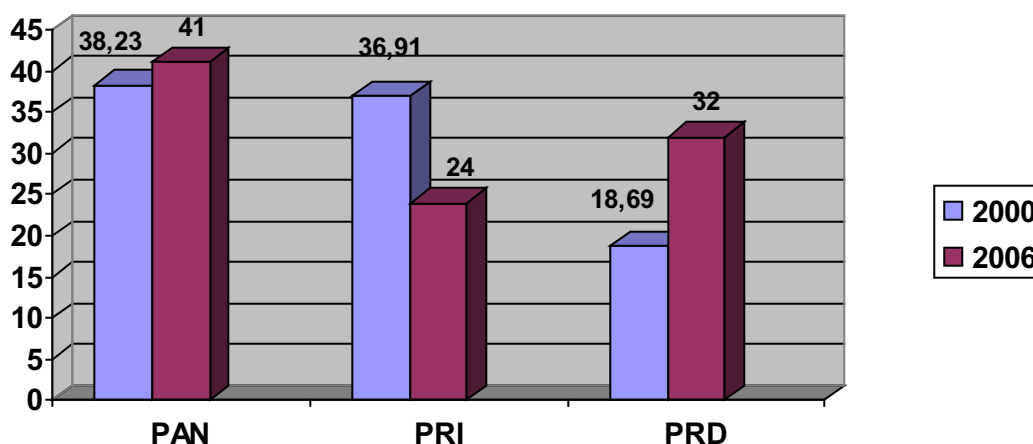
politischer Polarisierung mit den entsprechenden zentrifugalen Tendenzen ergeben könnte.

Die massiven sonntäglichen Mobilisierungen der Anhängerschaft von López Obrador bei so genannten Informationsversammlungen verhärteten die ohnehin polarisierten Fronten weiter und es muss fraglich bleiben, ob ein Urteil des Obersten Wahlgerichts friedensstiftende Wirkung entfalten kann. Der Aufruf López Obradors zu friedlichem zivilen Widerstand stellt in dieser Hinsicht möglicherweise nicht die letzte, sondern die erste Eskalationsstufe dar. Die Leichtigkeit, mit der der Vorwurf des Wahlbetrugs zirkuliert, muss angesichts der jahrelangen Bemühungen um den Aufbau einer unabhängigen Wahlbehörde und -gerichtsbarkeit erschrecken. Gleiches gilt für die Parallelen, die zu den Wahlen im Jahre 1988 gezogen werden, die noch unter klarer Kontrolle des PRI-Apparates standen. Es sollte aber unbestritten sein, dass eine vergleichbare Situation gegenwärtig nicht gegeben ist.

Neben den alles dominierenden Präsidentschaftswahlen fanden gleichzeitig auch die Wahlen zum Kongress sowie einigen Gouverneursposten statt. Dabei sind der haushohe Sieg der PRD bei der Wahl des Bürgermeisters in Mexiko-Stadt mit ihrem Kandidaten Marcelo Ebrard hervorzuheben sowie die deutlichen Verschiebungen in der Zusammensetzung im Parlament:

Dies übersetzt sich in folgende Sitzverteilung (alt/neu) zwischen den großen Parteien: im Abgeordnetenhaus PRI (203/113), PAN (148/210), PRD (97/163 Sitze); im Senat PAN (47/53), PRI (58/37) und PRD (15/37). Damit musste die PRI einen massiven Einbruch in ihrer parlamentarischen Präsenz verkraften, der durch zwei Elemente noch weiter verschärft wird: Zum einen hatte man angesichts

Abbildung 1: Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Juli 2000/Juli 2006 (in %)



der Schwäche des Spitzenkandidaten gehofft, im Parlament als Partei sich besser positionieren zu können; zum anderen muss die PRI ihrem Bündnispartner, der Umweltpartei (PVEM), etliche Sitze abtreten, so dass das politische Eigengewicht noch weiter gestützt wurde. Damit wird sich die Bildung geeigneter Parlamentsmehrheiten als das zentrale Feld für Allianzen nach dem Muster des do-ut-des herausbilden, was das politische Leben des Landes prägen wird.

Der Verlust der Zentralität der PRI

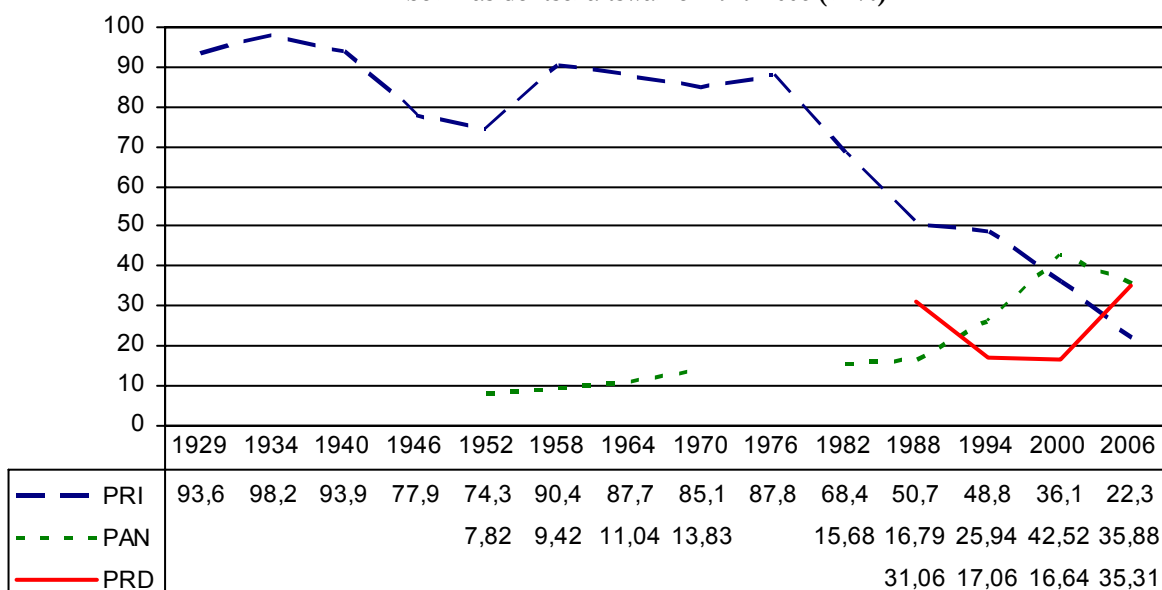
Traditionell stellt die PRI in Mexiko den zentralen Bezugspunkt in der politischen Landschaft dar; dies nicht nur hinsichtlich der Größe und der ausgebauten Organisationsstruktur der Partei, es war auch schlicht unmöglich, gegen die PRI auf nationaler Ebene zu regieren. Das Parteienspektrum war aufgebaut durch die jeweils bilateralen Beziehungen PRI-PAN und PRI-PRD. Dies hat sich mit der Polarisierung zwischen PAN und PRD als zentrale Akteure im Wahlkampf und im Wahlergebnis 2006 grundsätzlich geändert: Zwischen diesen beiden Kräften hat sich die PRI als Partei des Zentrums nicht positionieren können, ihr politisches Gewicht ist deutlich zurückgegangen.

Eine Ursache für diesen Rückgang ist sicherlich die Person ihres Spitzenkandidaten Roberto

Madrazo, dem es nicht gelang, einen einzigen der 17 von seiner Partei regierten Bundesstaaten zu gewinnen. Nicht ohne Grund ist bei der Interpretation dieses Wahldebakels darauf hingewiesen worden, dass der parteiinterne Wahlkampf von Madrazo viele Wunden geschlagen hat und der Widerstand gegen seine Kandidatur in breiten Kreisen der regionalen Parteieliten nicht überwunden werden konnte. Hinzu kommt aber auch, dass durch die Umfragen sehr schnell deutlich geworden war, dass sich die PRI nur einen dritten Platz würde sichern können, ein Signal, das bei vielen Akteuren der Partei durchaus als Hinweis für eine rechtzeitige Suche nach „neuen politischen Ufern“ verstanden wurde. So sollen wichtige PRI-Gouverneure sich mittelbar für eine Zusammenarbeit mit der PAN eingesetzt und ihre Unterstützung für die eigene Partei gedrosselt haben, um einen Wahlerfolg von López Obrador zu vermeiden.

Damit wurde jedoch der säkulare Niedergang der PRI nur weitergeführt und der Weg von einer strukturellen Mehrheits- zu einer Minderheitspartei fortgesetzt (s. Abb. 2). Das alte Modell einer klientelistisch angelegten und auf korporativen Strukturen aufsetzenden Partei hat sich als nicht mehr haltbar erwiesen. Die Organisation und Struktur der Partei hat sich damit dem oft angeführten Bild eines „Dinosauriers“ angenähert, der in den Strukturen moderner Gesellschaften nicht mehr überlebensfähig ist.

Abbildung 2: Wahlergebnisse von PRI, PAN und PRD bei Präsidentschaftswahlen 1929-2006 (in %)



Quelle: IFE.

Die politische Karriere des Spitzenkandidaten Roberto Madrazo dürfte mit dem Wahlergebnis beendet sein. Allerdings setzte die Madrazo stützende Parteihierarchie nach der Wahl den Parteiausschluss der früheren PRI-Generalsekretärin Elba Ester Gordillo durch, die sich massiv gegen Madrazo artikuliert und die Gegenpartei *Nueva Alternativa* zur Schwächung von Madrazo und zur Verhinderung eines Wahlsiegs von López Obrador betrieben hatte. Damit erhält auch parteiintern die Debatte um die so genannte Gruppe „TUCOM“ (*Todos unidos contra Madrazo* – Alle vereint gegen Madrazo) neuen Aufschwung, die die bevorstehende Wahlniederlage beklagt und einen Kandidatenwechsel gefordert hatte. Aus ihrem Kreis könnte sich ein neuer PRI-Vorsitzender rekrutieren, wenn er auf die Unterstützung der zur Partei gehörenden Gouverneure zählen kann.

Für eine Partei, die für die Machtausübung geschaffen und durch die Machtausübung erhalten wurde, ist jetzt der letzte mögliche Wendepunkt für eine Neuausrichtung gekommen. Ob sie ohne den Zugang zur Macht überleben können, wird davon abhängen, ob in der unausweichlichen Auseinandersetzung um persönliche Interessen hinreichend Platz sein wird, um die Erneuerung der Partei als politisches Projekt in Angriff zu nehmen. Die derzeit vertretenen Positionen reichen von der Auswechslung der Madrazo nahestehenden Gruppe bis zu einer Neugründung der Partei, um angesichts der tiefen ideologischen sowie operativen Identitätskrise ihren Untergang zu vermeiden. Letztlich hat die Partei den Übergang von einer vertikalen Steuerung aus dem Präsidentenamt zu einer stärker horizontalen Führung über die regionalen Strukturen nicht leisten können. Bereits während des Wahlkampfes suchten Spitzenpolitiker der PRI durch Übertritt zu PAN und PRD ihre persönliche Zukunft zu sichern; für die Breite der Mitglieder wird diese Handlungsmaxime in den kommenden Wochen deutlich in den Vordergrund treten.

Gerade in diesen Tendenzen könnte das noch verbliebene Machtpotential der PRI liegen: Mit der Wanderung führender PRI-Politiker und breiterer Kreise der Parteimitgliedschaft zu PAN und PRD setzt sich die Ausdehnung des Politikstils der PRI in die anderen Kräfte des politischen Spektrums fort. Weithin hat sich dieses Bild für die parteiinternen Prozesse der PRD bereits nachweisen lassen, in der aktuellen Konjunktur könnte dies in besonderem Maße auf die PAN zutreffen. Die „In-

fizierung“ der Politik und der Strukturen der PAN mit den Methoden des PRI-Klientelismus, der informellen Politik und Entideologisierung zugunsten des reinen Machterhalts könne sich als der „späte Sieg“ eines mit dem relativen Niedergang der PRI um sich greifenden Politikstils erweisen. Ob die PAN sich dieser Dynamik wird entziehen können, muss angesichts der unter Vicente Fox deutlich gewordenen Neigung zur Anpassung an die Traditionen der PRI sowie die schwachen Abwehrreaktionen seitens der Strukturen der PAN bezweifelt werden.

Fortsetzung der technokratischen Politik oder „neues Pferd mit neuem Reiter“?

Die heutige Auseinandersetzung zwischen PAN und PRD, Calderón und López Obrador vermittelt den Eindruck, als ginge es um die Wahl zwischen zwei Zukunftsmodellen für Mexiko: Einem Weg technokratischer Kontinuität der PAN unter Calderón oder dem sozialstaatlich aufgeladenen Modell López Obradors, das aus der staatszentrierten Vergangenheit der PRI bis in die Gegenwart hineinreiche. Beide Aussagen bleiben jedoch sehr vordergründig, wenn man die konkrete Anlage der Programme betrachtet:

Calderón kann als Exponent einer technokratisch angelegten Politik angesehen werden. Sein – ebenso wie von Präsident Vicente Fox – vorgetragenes Plädoyer gegen den Populismus entspricht durchaus der eher unauffälligen Amtsführung in seinen bisherigen Posten als PAN-Präsident, als Chef der nationalen Infrastrukturbank BANOBRAS und der neunmonatigen Zeit als Energieminister. Seine sozialchristliche Verortung im Traditionsspektrum der PAN führte zur deutlichen Distanz zu Präsident Fox, der sich eher auf die unternehmerische Linie des *Neopanismo* stützte. Insofern dauerte es zwei Jahre, bis Calderón zu einer Annäherung an den Präsidenten bereit war und in sein Kabinett eintrat. Seine stark am Katholizismus orientierten Positionen könnte er jedoch in der politischen Verantwortung schnell in einen Pragmatismus ummünzen.

Andrés Manuel López Obrador hat sein Programm für Mexiko eng an seine Tätigkeit als Bürgermeister von Mexiko-Stadt angelehnt und will mit Sozialprogrammen eine neue wirtschaftspolitische Ausrichtung des Landes voranbringen: Hierzu zählen Pensionszahlungen für ältere Men-

schen sowie die Steigerung des Einkommens armer Familien um 20% durch die Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln und subventionierte Energiepreise. Gleiches gilt für sein Modell der Unterstützung der Landwirtschaft durch Garantieprie und günstige Kredite, die er – wie alle seine Sozialleistungen – durch eine Senkung der Gehälter der öffentlich Bediensteten und eine effektive Besteuerung der Unternehmen und Reichen finanzieren will. Dies ist angesichts einer Steuerquote von gerade 9% am BIP in Mexiko ein dringend notwendiger Schritt, der allerdings auf heftigen Widerstand stoßen dürfte.

Offene Reformagenda und prekärer Konsens

Wiederholt sich die mexikanische Geschichte?, fragen derzeit viele Beobachter. Viele der Verhaltensweisen und auch etliche Namen der Beteiligten lassen die Erinnerung an den Wahlgang im Jahr 1988 aufkommen, als der PRI-Kandidat Salinas de Gortari mit einer „gestohlenen Wahl“ in das Präsidentenamt kam. López Obrador und sein Mitarbeiter Manuel Camacho Solís (damals noch in der PRI) inszenieren die Nachwahlperiode in ähnlicher Weise wie damals Cuauhtémoc Cárdenas als Kandidat der PRI-Abspaltung *Corriente Democrática*, der Gründungszelle der heutigen PRD. Allerdings führte der damalige Prozess nicht zum Erfolg und auch heute ist fraglich, ob die Linke mit ihrer Mobilisierung nicht wieder dem Selbstbetrug aufsitzt, dass sie zwar Massen, aber nicht Mehrheiten organisiert.

Wenn der neue mexikanische Präsident am 1. Dezember sein Amt antreten wird, steht er vor einer Reihe noch immer nicht abgeschlossener Reformen, die Präsident Fox wegen des Widerstands im Parlament nicht durchsetzen konnte. Hierzu gehören die Steuer-, Energie- und Arbeitsrechtsreform, alles Projekte, die im Lande sehr umstritten sind und einer breiten Koalition im Parlament bedürfen. Allerdings werden Initiativen in diesen Bereichen durch Makrodaten gebremst: Die hohen Erlöse aus dem Erdöl führen zu einer massiven Subventionierung der öffentlichen Haushalte, so dass der Druck auf eine Reform des Steuersystems (Erhöhung der Steuerquote, Ausdehnung der Mehrwertsteuer; größere Steuergerechtigkeit bei direkten Steuern) derzeit recht begrenzt ist.

Auch im Bereich der Außenpolitik im Nahbereich (insbesondere bezogen auf die anstehenden

Fragen der Migration im Verhältnis zu den USA) wie auch im Ausbau einer international verlässlichen Position des Landes als Partner für globale Strukturpolitik wird die neue Regierung gefordert sein, um den während der Regierung Fox entstandenen Prestigeschaden auszugleichen.

Zudem gilt es die offenkundigen Zeichen der Erschöpfung eines Präsidenten und seiner Regierung zu überwinden, die sich in den letzten beiden Jahren der Regierung Fox über das Land gelegt haben. Die Regierung präsentierte ein Bild der Stagnation und öffentlicher Bekenntnispolitik, die aber angesichts der Blockade der politischen Kräfte zu keinem sichtbaren Handeln führen konnte. Trotz dieser eingeschränkten Bilanz seiner Regierungszeit hat Präsident Fox ein recht hohes Maß an Zustimmung für seine Person bewahrt: Nach Umfragen schätzen mehr als 60% der Bevölkerung die Arbeit von Fox.

Allerdings folgen aus dem Wahlprozess auch weitergehende Fragen für die Zukunft des mexikanischen Präsidentialismus: So werden zum einen Forderungen nach der Einführung eines Stichwahlverfahrens in einer zweiten Runde zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten (*ballotage*) erhoben; die Einführung des Amtes eines Vize-Präsidenten wird gefordert, um die Amtsbelastung zu reduzieren; und die Möglichkeit der unmittelbaren Wiederwahl der Abgeordneten wird diskutiert, um die Parlamentsverantwortlichkeit zu erhöhen.

Indes dürfte die Hauptaufgabe des zum Sieger erklärten Präsidenten darin liegen, seine Legitimität zu sichern und den Konsens zwischen den politischen Lagern herzustellen, um eine tragfähige Regierbarkeit herzustellen. Dies darf jedoch nicht nur bezogen auf die Sicherung einer parlamentarischen Mehrheit verstanden werden, für die die PRI-Fraktion oder Teile von ihr sowohl für die eine wie auch die andere Seite des politischen Spektrums ansprechbar sein dürften. Vielmehr wird es darauf ankommen, Akzeptanz für die Regierungsführung herzustellen und nicht bis zu den Zwischenwahlen im Jahre 2009 zu warten, um dann bei der Neuwahl eines Teils des Parlaments eine ex-post-Legitimation zu erhalten. Eine gedeihliche politische Entwicklung Mexikos hängt insofern nicht nur von den institutionellen Rahmenbedingungen sondern auch in zentraler Weise vom überlegten Handeln der politischen Elite ab. Den Nachweis dafür wird sie in den kommenden Wochen und Monaten erbringen müssen.

■ Der Autor

Günther Maihold, Dr. phil., ist stellvertretender Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik; davor von 1999-2004 Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz.

E-Mail: guenther.maihold@swp-berlin.org

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Fritz, Barbara (2004): Währungspolitik an der Grenze – Mexikos Bestrebungen nach monetärer Integration in die USA, in: Braig, Marianne (et al.) (Hrsg.): Mexiko Heute. Frankfurt: Vervuert.

Fritz, Barbara (2004): Tan cerca del dólar y tan lejos del Federal Reserve: La cuestión del régimen monetario adecuado para México en el marco del TLC, in: Maihold, Günther (Hrsg.): Trayectorias de una modernidad mexicana. México DF: Porrúa, 2004.

Gabbert, Wolfgang (2005): Transnationale Migration – Interpretationsansätze und das Beispiel der Wanderungsbewegungen zwischen Mexiko und den USA, in: Lateinamerika Analysen 11, S. 3-31.

Grenz, Wolfgang (2000): Mexiko vor den Wahlen 2000 – eine historische Wende?, in: Brennpunkt Lateinamerika 10-00, Hamburg: IIK.

Maihold, Günther (2005): Elitenwandel und technokratische Politik in Lateinamerika: Das Beispiel Mexiko, in: Lateinamerika Analysen 13, Hamburg: IIK, S. 7-34.

Maihold, Günther (2004): Mexiko: Auszehrung der Regierung Fox – Gefahr für die Konsolidierung der Demokratie?, in: Brennpunkt Lateinamerika 20-04, Hamburg: IIK.

Maihold, Günther (2003): „Cohabitación“ a la Mexicana?: Die Zwischenwahlen vom 6. Juli und ihre Folgen – eine Halbzeitbilanz der Regierung Fox, in: Brennpunkt Lateinamerika 14-03, Hamburg: IIK.

Maihold, Günther (2001): Der Plan Puebla-Panama – Mexiko entdeckt seine Südgrenze und die Beziehungen zu Zentralamerika neu, in: Brennpunkt Lateinamerika 22-01, Hamburg: IIK.

Maihold, Günther (2000): Mexiko 2000 – Das Ende einer Ära. Folgt auf den Regierungswechsel auch ein stabiler politischer Wandel?, in: Brennpunkt Lateinamerika 13-00, Hamburg: IIK.

Mayer, Jean F. / Woodside, Kenneth (2005): Born Under a Bad Sign? The Politics of the 2001 Mexican Tax Reform, in: Lateinamerika Analysen 11, S. 33-58.

Mexiko 2000. Ungleichheiten als Normalzustand? Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation. Nr. 42. Hamburg: IIK, 2001.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2005): Mexiko und Zentralamerika: Beziehungen unter hegemonialem Einfluss der USA, in: Brennpunkt Lateinamerika 24-05, Hamburg: IIK.

Sangmeister, Hartmut / Melchor del Río, Amaranta (2004): Mexiko und die Nafta: Zehn Jahre Erfahrungen, in: Brennpunkt Lateinamerika 6-04, Hamburg: IIK.

Stiegler, Ursula (2005): Wie weit reicht Mexiko? Die politischen Implikationen der mexikanischen Migration in die USA, in: Brennpunkt Lateinamerika 18-05, Hamburg: IIK.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Detlef Nolte; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Nina Grabe; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Iberoamerika-Kunde

IMPRESSUM